



„Transmissionsriemen“ der Postkommunisten?

PDS-Arbeit gegen den
Deutschen Gewerkschafts-
bund (DGB)

Peter Christian Segall

CDA Thüringen

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung
2. Die Entwicklung der PDS-Gewerkschaftspolitik
3. PDS - ein Partner des DGB bei der Durchsetzung gewerkschaftspolitischer Ziele?
4. Der „Bewegungsflügel“ des DGB auf dem Weg in die Arme der PDS
5. Ausblick: Das PDS-/DGB-Bündnis im Vormarsch

1. Einführung

Parteien, die in einer Tradition zur stalinistischen III. Internationale (Komintern) groß geworden sind wie die PDS oder die im Westen der Republik viel kleinere DKP, verstehen sich üblicherweise zumindest nach ihrem Selbstverständnis als „Partei der Arbeiterklasse“. Für diesen Anspruch war es im Prinzip ohne Belang, ob die empirisch wahrnehmbare Arbeiterklasse diesen Anspruch unterstützte: Nach dem Historischen Materialismus als Hauptlegitimation kommunistischer Parteien waren diese im Zweifel auch in der Lage, entgegen den Bekundungen des zeitweilig vom „Klassenfeind“ irreführend geleiteten Proletariats dessen „eigentliche Interessen“ zuverlässig an der Richtschnur des Parteikurses zu erkennen.

Der bekannte Zusammenbruch dieser ideologischen Anmaßung konfrontierte die SED nach 1990 zunächst mit einem „Nichtverhältnis“ zu ihrem Identifikationsobjekt „Arbeiterklasse“ und zu deren Interessenvertretung: Bekanntermaßen

wählte die Arbeiterschaft in der DDR bei ihren ersten Wahlen mit ganz überwältigender Mehrheit das „Bündnis für Deutschland“, und bekanntermaßen zerfiel der mit 13.000 hauptamtlichen Funktionären personell üppig ausgestattete FDGB in einer Geschwindigkeit spurlos zu Staub, der kaum noch Spurenelemente seiner jahrzehntelangen Rolle als „Transmissionsriemen“ der SED-Politik übrigließ. Und: Wie zu zeigen sein wird, ist auch heute die Glaubwürdigkeit der PDS unter gewerkschaftlich engagierten Menschen eher als marginal einzuschätzen.

Trotzdem ist das Verhältnis „PDS und Gewerkschaften“ ein Thema mit Zukunft, denn beide Organisationen hatten in der Vergangenheit spezifische Beziehungen im Kontext der deutschen Teilungsgeschichte entwickelt, die nicht nur aus moralischen Gründen dem Vergessen entrissen werden müssen. Zudem läßt sich mit diesen Schatten der Vergangenheit wenigstens ansatzweise erklären, warum heute Teile des DGB die Herkunft der PDS aus der stalinistisch motivierten Unterdrückung freier Arbeitnehmervertretungen verleugnen und beginnen, an der Seite der Erben der Diktatur wieder jene Rolle einzunehmen, die einst den unseligen Staatsgewerkschaften

des realen Sozialismus zukam: „Transmissionsriemen“ für die Politik „der“ Partei zu sein.

Es ist insofern nicht unverständlich, daß die - stark sozialdemokratisch ausgerichteten - DGB-Gewerkschaften nicht nur bei der Erforschung und Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern auch bei der Klärung des Verhältnisses zur heutigen PDS eher zurückhaltend sind. Veröffentlichungen sind rar. Mit am kompaktesten ist noch die informative Broschüre von Gero Neugebauer und Hugo Reister „PDS und Gewerkschaften“, von der Friedrich-Ebert-Stiftung 1996 herausgegeben¹.

Diese Schrift ist dermaßen sachlich und neutral, daß man gelegentlich den Eindruck einer gewissen Bewertungsschwäche verspürt, die auf rätselfhafte Weise den Parteigängern der kommunistischen Diktatur Vorteile verschafft. So werden Gewerkschaftsaktivisten der PDS als „überwiegend in der PDS-Bundestagsfraktion in Westdeutschland sozialisierte Mitglieder und Sympathisanten“ beschrieben. Hätte es etwas ausgemacht, zu verdeutlichen, daß es sich ausschließlich um DKP-Gewerkschaftsspezialisten und vergleichbare Fachleute aus trotzkistischen Strukturen handelt?² Der

¹ Die beiden Verfasser sind Mitarbeiter im Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin und sehr sachkompetent. Zumindest Gero Neugebauer kennt das „gewerkschaftlich orientierte“ Milieu des SED-Ablegers „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ recht gut von innen.

² Vgl.: Patrick Moreau, Die PDS: Profil einer antidemokratischen Partei, Hanns-Seidel-Stiftung, München 1998 und Manfred Wilke, Die PDS und die Gewerkschaften, in: Ebd., S. 134-139

blinde Fleck scheint aber kein Zufall, denn das gleichwohl in jedem Falle lesenswerte Heftchen berücksichtigt zwar das Verhältnis der PDS zum DGB, klammert aber die umgekehrte Blickrichtung aus: „Der Titel der Broschüre verdeutlicht den Schwerpunkt in der Blickrichtung von der PDS zu den Gewerkschaften, während die andere Richtung hier nicht so grundlegend abgehandelt wird.“³ Das ist recht schade, denn, so würde ein SED-Funktionär formulieren, bei dieser Betrachtung gehen „Juwelen aus dem reichhaltigen Erfahrungsschatz der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verloren“. Diesen Verlust zu begrenzen, haben wir uns mit dieser Broschüre u.a. vorgenommen.

Auch eine andere Erweiterung des Blickwinkels scheint notwendig: Zur Bestimmung des Verhältnisses zwischen DGB und PDS heute scheint es erforderlich, darauf hinzuweisen, daß beide Institutionen nicht voraussetzungslos agieren und die Geschichte ihres gegenseitigen Verhältnisses nicht im November 1989 oder etwas später beginnt. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß insbesondere der DGB kein Monolith, sondern eine pluralistisch strukturierte Großorganisation ist. Für die Einheitsgewerkschaft DGB ist realistisch zu unterstellen, daß die Handlungen ihrer Einzelgliederungen auch durch unterschiedliche politische Überzeugungen handelnder Funktionäre bestimmt werden.

Historische Vorbelastungen: Das Verhältnis von FDGB und DGB bis 1989

In der deutschen Teilungsgeschichte vor 1989 konnte nichts so unterschiedlich sein wie die beiden Gewerkschaftsdachverbände auf deutschem Boden: Auf der einen Seite der DGB als freier Zusammenschluß organisierter Arbeitnehmer, gebildet zur Interessenvertretung in einer pluralistischen Demokratie mit marktwirtschaftlicher Ordnungsform, branchenorientiert, parteienabhängig und gerade nach den bitteren Erfahrungen mit der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis nach dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft konstruiert, Träger der Tarifautonomie auf Arbeitnehmerseite.

Auf der anderen Seite der FDGB: Nach Leninschen Vorgaben gedacht als „Transmissionsriemen“ der Politik der totalitären Staatspartei in die Betriebe und die Arbeitswelt hinein. Zumindest dem ideologischen Anspruch nach vertrat auch der FDGB Arbeiterinteressen, dies freilich stets vermittelt über den Vorbehalt, daß die „eigentlichen Interessen“ der Arbeiterklasse nur von ihren fortschrittlichsten und bewußtesten Teilen richtig erkannt und ausgelegt werden könnten: von der „führenden Kraft“ der Arbeiterklasse und ihres sozialistischen Staates, der SED, deren Führungsanspruch zudem in der DDR-Verfassung schriftlich kodiert

war. Berücksichtigt man bei diesem Selbstverständnis zusätzlich, daß in der DDR die Produktionsmittel verstaatlicht waren, d.h. ebenfalls unter der Kontrolle und Botmäßigkeit der SED und ihres Staatsapparates standen, so ergab sich in der Praxis eine Rolle kommunistischer Gewerkschaften, die vom Selbstverständnis freier Gewerkschaften gravierend abweicht: Der FDGB funktionierte in der Praxis wie eine Agentur des ideellen Gesamtkapitalisten SED. Und er benahm sich auch so: Bei der Umsetzung höherer Arbeitsnormen, bei der Vertuschung von Fehlleistungen, bei der Überwachung der Belegschaften arbeitete der FDGB an vorderster Front gemeinsam mit den Betriebsparteiorganisationen der SED.

Für SED und FDGB gehörte der DGB zum „Klassenfeind“; das Verhältnis zu ihm definierte sich ausschließlich aus dem Nutzen, den Kommunisten für ihre Politik aus ihm ziehen konnten. Um Arbeitnehmerinteressen ging es dabei keinesfalls, im Gegenteil: Völlig klar war, daß es mit deren Vertretung ein Ende haben mußte, sobald Kommunisten in Gewerkschaften die Mehrheit erobert hatten und ihre Rolle als „Transmissionsriemen“ der Partei einzunehmen begannen.

Bei dieser Bündnispolitik waren FDGB, SED und KPD in den 50er und 60er Jahren nicht sonderlich erfolg-

reich. Sie hatten sich zunächst mit den zwischen 1954 und 1971 jährlich in Leipzig tagenden „Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen“ bemüht, einen Keil zwischen die westdeutschen Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften zu treiben. Diese Methode einer „Aktionseinheit von unten“ schlug gründlich fehl. Der Vorsitzende des westdeutschen Teils der „Arbeiterkonferenzen“ offenbarte 1961 die Mechanismen der kommunistischen Manipulation und Steuerung dieses Unternehmens einer breiteren Öffentlichkeit.

Auch die westdeutsche KPD hatte vor ihrem Verbot 1956 in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit kein besonderes Geschick gezeigt. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges hatte sie 1954 durch Parteitagebeschlüsse (sog. These 37) die DGB-Führung beschimpft als „die rechten Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaftsorganisation in den Dienst der Kriegsvorbereitungen zu stellen“ versuchten. Sie rief dazu auf, „den wachsenden Kampf- und Widerstandswillen der Arbeiter zu entwickeln und zu festigen und Kampfhandlungen auszulösen auch gegen den Willen rechter Gewerkschaftsführer“⁴.

Die Antwort auf diesen Text ließ nicht lange auf sich warten: Die IG Metall legte ihren Funktionsträgern einen Revers vor, mit dessen Unter-

³ Gero Neugebauer und Hugo Reister, PDS und Gewerkschaften, ebenda, S. 8

⁴ Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschland 1945-1956, Berlin (Ost) 1965, S. 355 ff.

schrift sie zu bestätigen hatten, daß sie diese Beschlüsse der KPD als gewerkschaftsfeindlich ablehnten. Wer nicht unterschrieb, verlor seine Gewerkschaftsfunktionen; wer unterschrieb, wurde von der KPD als Abweichler ausgeschlossen. In kürzester Zeit hatte dieser selbstzerstörerische Kurs die Positionen der Kommunisten im westdeutschen DGB geschleift. Der Zusammenhang zwischen der Position der Kommunisten gegenüber dem DGB und ihren Anstrengungen, die Westbindung und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu verhindern, zeigte im übrigen damals schon deutlich: Gewerkschaftspolitik ist für SED und KPD kein Selbstzweck, sondern lediglich Instrument zur Verfolgung von Parteiinteressen.

Vergleichbar grobe Schnitzer kamen in der Westarbeit der SED und in der Gewerkschaftsarbeit der illegalen KPD seit den 60er Jahren nicht mehr vor. Relativ erfolgreich war z.B. seit 1962 die angeblich unabhängige Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die sich als Diskussionsforum ausgab und auf diese Weise nicht nur in linke Kreise der Gewerkschaften hineinwirken, sondern auch kommunistische Inhalte relativ unverdächtig transportieren konnte. Einer der maßgeblichen Konzeptoren dieses Blattes, seiner-

zeit Mitarbeiter des ZK der KPD, war Dr. Heinz Schäfer. Er war danach langjährig Funktionär der DKP, trat in den 90er Jahren zur PDS über und ist einer ihrer fundierten Spezialisten für kommunistische Gewerkschaftsarbeit geworden⁵.

Nicht geändert hat sich indessen das instrumentelle Verständnis von Gewerkschaftsarbeit und von innerdeutschen gewerkschaftlichen Kontakten: Nach wie vor folgte die FDGB-Westarbeit den Hauptzielen der SED, in den 60er und 70er Jahren der Kampf um die internationale Anerkennung der DDR.

Hatte der DGB Anlaß, sich auf eine solche Instrumentalisierung einzulassen und von sich aus Gewerkschaftsbeziehungen zu „Agenten eines ideellen Gesamtkapitalisten“ wie dem FDGB zu suchen und aufzubauen? An sich nicht, und der frühere DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter hat dies auch in seinen Memoiren deutlich gemacht:

„In der Tat gibt es aus enger gewerkschaftlicher Sicht nur wenig Gründe, die die Aufnahme solcher Beziehungen rechtfertigen und sinnvoll machen“⁶

Warum kam es dann aber dennoch zur Aufnahme solcher Beziehungen,

die sich im regen Austausch von Delegationen (auf Funktionärebene) und im Verfassen gemeinsamer Papiere ausdrückten?

Der Grund dürfte darin gelegen haben, daß auch der DGB ein spezifisches Interesse an einer Instrumentalisierung von Gewerkschaftsarbeit entwickelte: Sein dominierender sozialdemokratisch ausgerichteter Flügel wünschte die Entspannungspolitik der seit 1969 amtierenden sozialliberalen Bundesregierung gegenüber den Ostblockstaaten zu unterstützen, wie Heinz-Oskar Vetter klarstellte:

„Der Beginn meiner Amtszeit fiel mit der Übernahme der Bundesregierung durch die Sozialdemokraten und mit der Bildung der sozial-liberalen Koalition zusammen. Wesentlich für die Bildung dieser Koalition war ganz offensichtlich das immer stärker werdende Bedürfnis der deutschen Politik, (...) Wir hielten es für unsere Aufgabe, im Rahmen unserer begrenzten Möglichkeiten einen Beitrag zur Begleitung und Unterstützung dieser Politik zu leisten...“⁷

Selbstverständlich war diese aus konkreten parteipolitischen Vorgaben abgeleitete außenpolitische Aufga-

be des DGB keineswegs so gemeint gewesen, daß man damit in die Gewerkschaftspolitik oder in den Apparat der Einheitsgewerkschaft kommunistische Positionen hätte übernehmen wollen. Andererseits fiel der Beginn der sozialliberalen Entspannungspolitik auch mit der „Neukonstituierung“ der DKP in der Bundesrepublik zusammen. Der Berliner Zeithistoriker Manfred Wilke hat eindrücklich beschrieben, wie das Manöver eines außenpolitischen Engagements des DGB für die Entspannungspolitik bei intendierter gleichzeitiger Aufrechterhaltung ideologischer Abgrenzung scheiterte: Er beschreibt eine Phase der „aktiven Tolerierung“ kommunistischer Politik durch den DGB (1969-1972), eine weitere des Wegbrechens der „antitotalitären“ Grenzsteine der Gewerkschaften und ihre Ersetzung durch eine lediglich noch nach „rechts“ vorgenommene Distanzierung (1972-1979) sowie schließlich die Etablierung eines „fortschrittlichen“ „Bewegungsflügels“ aus DKP-kompatiblen Gewerkschaftsfunktionären, die ihrerseits nicht unbedingt Mitglieder dieser Partei sein mußten⁸. Die jedenfalls in Teilen mißlungene Abwehr ideologischer Konvergenz mußte sich naturgemäß in Deklamationen äußern, deren blühender Unsinn auf der Hand liegt:

⁵ Schäfer hatte 1964 an der Humboldt-Universität mit einer Arbeit zur „Kolonialexpansion des westdeutschen Monopolkapitals in den mit der EWG assoziierten Staaten Afrikas“ promoviert.

⁶ Heinz-Oskar Vetter, Notizen, Anmerkungen zur internationalen Politik, Köln 1983, S. 122

⁷ Ebenda, S. 122 f.

⁸ Manfred Wilke, Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischem Bündnis (Forschungsbericht 46 der Konrad-Adenauer Stiftung), Melle 1985, bes. S. 297 f.

DGB-Abgrenzungsbeschlüsse gab es weiterhin gegen Rechtsextremisten, auch gegen maoistische Gruppen, nicht mehr aber gegen die Agenturen der SED in der Bundesrepublik. Dies sei, so hieß es 1973,

*„eine zwangsläufige Folge der Bindung der DGB-Gewerkschaften an die Rechtsstaatlichkeit und das grundlegende Prinzip 'im Zweifel für den Angeschuldigten'. Die DKP (Deutsche Kommunistische Partei) und ihr Berliner Ableger, die SEW (Sozialistische Einheitspartei West-Berlin), geben sich als kommunistische Parteien, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik respektieren. Sie achten darauf, in Wort und Schrift keine Anhaltspunkte für den Verdacht eines anderen politischen Willens zu liefern insbesondere halten sie - nach außen jedenfalls - eine Linie absoluter Loyalität zu und in den Gewerkschaften ein. Sie treten in Wort und Schrift als Verfechter der Einheitsgewerkschaft auf.“*⁹

Natürlich gelang den wenigen DKP-Parteigängern unter den Millionen Mitgliedern des DGB niemals, eine auch nur annähernde Mehrheitsfähigkeit zu erreichen. Da aber die Masse der Mitglieder ihre Gewerk-

schaft meist aus der Sicht des passiven Mitgliedes betrachtet, ist für den politischen Erfolg kommunistischer Gewerkschaftsarbeit entscheidend, welche Positionen sich in den Gremien und im Apparat der Gewerkschaften besetzen lassen. Und hier lassen sich einzelne Einflußstränge durchaus nachzeichnen. Z.B. in der Industriegewerkschaft Druck und Papier (IG DruPa), seit 1989 IG Medien, heute IG Medien und Kunst. Mit rund 180.000 Mitgliedern gehört sie zu den kleineren, aber bedingt durch die beruflichen Positionen ihrer Mitglieder, durchaus zu den einflußreichen Einzelgewerkschaften. Ihr Vorsitzender war von 1968-73 Leonhard Mahlein. Der 1921 geborene Kommunist hatte 1951 die Partei verlassen und bei der SPD Aufnahme gefunden, freilich ohne jemals innerlich Sozialdemokrat geworden zu sein. Über den Landesvorstand seiner Gewerkschaft stieg er im Apparat auf. Unverhohlen stellte er sich auf die Seite derer, die einen Einbezug der DKP in die Einheitsgewerkschaft forderten. Bei Mahlein lag auch deutliche Konvergenz zum kommunistischen Spektrum vor, wie er in einer Stellungnahme zur Unterdrückung der polnischen Solidarnosc bekundete, mit der er sich auf die Seite der regierenden polnischen Kommunisten und klar gegen den Gedanken freier Gewerkschaften stellte:

*„Ich kann nicht meine Solidarität mit einer Organisation erklären, - die vom Katholizismus beherrscht und politisch geführt ist, - zu deren Freiheiten solche glühenden Verteidiger der gewerkschaftlichen Freiheiten wie die Herren Reagan, Weinberger und der Rest der weltweiten Reaktion gehören; - deren Hauptziel der Kampf gegen das sozialistische Volkspolen ist; - und, wie Solidarnosc-Vertreter in einer Diskussion gesagt haben, die die Richtung einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit all ihren Konsequenzen in Polen einzuführen beabsichtigen.“*¹⁰

Seine Verdienste um den real existierenden Sozialismus wußte indessen der FDGB bereits zu würdigen, bevor Mahlein zum Vorsitzenden einer Einzelgewerkschaft aufstieg:

„Mahlein war bisher Vorsitzender des Bezirkes Bayern der IG Druck und Papier. In dieser Tätigkeit trat er als progressiver Gewerkschaftsfunktionär hervor, der für eine Gewerkschaftspolitik im Interesse der Arbeiterklasse eintrat. Er tole-

*rierte progressive Maßnahmen linker Kräfte im Landesbezirk Bayern. In diesem Landesbezirksvorstand war ein starker ideologischer Einfluß progressiver Kräfte und aus der DDR vorhanden.“*¹¹

Leonard Mahlein hat das Ende des von ihm so geschätzten Volkspolen nicht mehr erlebt; er starb 1985. Über die Zeit gerettet haben sich aber die im Windschatten von Mahlein installierten Seilschaften in der IG Medien: Die 1971 erstmalig in den geschäftsführenden Bundesvorstand gewählte Gisela Kessler, beispielsweise, seinerzeit Mitglied der DKP. Oder Detlev Hensche, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der IG DruPa seit 1975, seit 1983 deren stellvertretender Vorsitzender und seit 1992 an der Spitze der IG Medien. Hensche, der zuvor von 1971-75 Leiter ausgerechnet der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand gewesen ist, hatte noch am 25. November 1989 dem DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) erklärt, er plädiere dafür, „daß der Aufbruch in der DDR seinen Weg findet - mit unserer Unterstützung, aber ohne jede Einmischung“. Es überrascht also nicht, ihn heute unter den Protagonisten einer dauerhaften Bündnispolitik des DGB mit

⁹ Hein-Oskar Vetter/Erich Frister, Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Informationen über extremistische Gruppen, Nr.3, 2. Aufl., Frankfurt o.J., S. 14, zit. nach Wilke, a.a.O., S. 108, alle Schreib- und Interpunktionsfehler übernommen. Erstaunlicherweise merkte im DGB-Bundesvorstand die Endredaktion nicht, daß die SEW richtig „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ heißt.

¹⁰ Leonard Mehlein, Gewerkschaften international - im Spannungsfeld zwischen Ost und West - aus eigener Sicht, Frankfurt 1984, S. 150; zit. nach Manfred Wilke/Hans-Hermann Hertle, Deutsche Gewerkschaftsgeschichte zwischen Ost und West, Forschungsbericht der FU Berlin 1992, S. 79

¹¹ FDGB-Bundesvorstand, Beschluß des Sekretariats v. 11.11.1968, S. 751/68, „Information über den Verlauf und Ergebnisse des Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier im DGB (20.-26.10.1968)“, S. 5/6, zit. nach Wilke/Hertle, a.a.O., S. 88

der PDS zu finden; er zählt auch zu den Erstunterzeichnern des PDS-Bündnisunternehmens „Erfurter Erklärung“.

Die demokratische Revolution in der DDR, der Prozeß der deutschen Einheit und der gesamtdeutsche Neubeginn ließen es dem „progressiven Flügel“ in den DGB-Gewerkschaften zunächst zweckmäßig erscheinen, sich politisch zurückzuhalten. Sofern es sich bei den Genossen um Mitglieder der DKP handelte, hatten sie alsbald ihren apparativen Rückhalt und ihre politische Heimat verloren. Die übrigen, die auf die Weitherzigkeit der alten Tante SPD gegenüber linken Ausreißern zählen konnten, hatten ohnehin nichts zu befürchten: Personelle Konsequenzen gegen Fellow Travellers gab es trotz der sehr drastischen Verurteilung des realen Sozialismus und trotz des abrupten Endes der „gleichberechtigten“ DGB-FDGB-Diplomatie im Jahre 1990 nicht.

Sehr lange mußten sie nicht politisch heimatlos bleiben: In den neuen Bundesländern entstand mit der PDS ein attraktiv modernisierter Ersatz für die konservativ geprägte DKP.

2. Die Entwicklung der PDS Gewerkschaftspolitik

Für eine Organisation, die aus einer - ihrem Selbstverständnis nach - „Arbeiterpartei“ hervorgegangen war, waren die Ausgangsbedingungen des Jahres 1990 für eigene gewerkschaftspolitische Arbeit geradezu katastrophal: Die Arbeiterklasse der noch existierenden DDR wählte dominant „Bündnis für Deutschland“, das Instrument FDGB befand sich in rasantem Zerfall. Die PDS selbst zog sich aus der Struktur der Betriebsparteiorganisationen zurück, den Geboten ihrer „Erneuerung“ folgend, allerdings mit dem Ergebnis, daß binnen kürzester Zeit niemand mehr in der Partei einen annähernden Überblick darüber hatte, wer denn noch gewerkschaftlich organisiert war. Hinzu kam die arbeitsmarktpolitische Deklassierung der eigenen Klientel, die hauptsächlich aus den Funktionseliten des untergegangenen SED-Regimes bestand.

Eine frühzeitig gebildete „Interessengemeinschaft Betriebsarbeit“ der PDS war in den neuen Bundeslän-

dern nicht annähernd flächen-deckend vertreten und fand zunächst keine weitere Ausdehnung. Die unregelmäßig erscheinenden „Beiträge zur Gewerkschaftspolitik der PDS“ hatten eine Auflage von gerade mal 500 Exemplaren.

Die personellen Ressourcen zeigten ebenfalls Defizite: Gewerkschaftsfunktionäre, die zur Arbeit in marktwirtschaftlichen Systemen taugten, fehlten der PDS; ihre übriggebliebenen FDGB-Kader waren für eine Funktion als Interessenvertreter von Arbeitnehmern nicht ausgebildet. Insofern konnte es nicht überraschen, daß in der PDS-Gewerkschaftsarbeit zunächst Linksextremisten aus dem Westen den Ton angaben und unverhohlen ihre politischen Biographien mit einbrachten¹². Darunter waren nicht nur DKP-Genossen wie Harald Werner (bis 1994 und wieder seit 1997 gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS), Heidi Knake-Werner und Gerald Kemski, sondern auch Trotzlisten wie der altehrwürdige Jacob Moneta (mehrjährig Mitglied des Parteivorstandes der PDS), der gewissermaßen als der Nestor langfristiger angelegter Entrimmusarbeit^{12a} der Trotzlisten in den Gewerkschaften gelten konnte. Von ihnen gingen auch Anstöße zur Bildung einer „AG

Gewerkschaftspolitik“ der PDS im Juli 1991 (seit 1993 „AG Betrieb & Gewerkschaft“) aus, die ab Januar 1993 eine Zeitschrift „Betrieb & Gewerkschaft“ herausgab. Sie sollte künftig zu aktuellen Ereignissen auf diesem Arbeitsgebiet informieren, Berichte, Dokumentationen und theoretische Diskussionen beisteuern.

Eine „1. Gewerkschaftspolitische Konferenz“ der PDS Anfang 1993 hatte praktisch keine Beachtung außerhalb enger Funktionärskreise der Partei gefunden; die zweite derartige Konferenz konnte unter den 130 Teilnehmern immerhin schon einige Hauptamtliche aus ÖTV, HBV und IG Medien verbuchen, wie das PDS-Blatt eher erleichtert feststellte¹³. Die Entwicklung der Arbeit war indes so unerfreulich wie zuvor geblieben: Am 3.12.1994 formulierte die AG einen Antrag an den bevorstehenden Parteitag der PDS, der ein einziger Hilferuf klang: Der Parteivorstand wurde gebeten, die Landesvorstände zur Vernetzung der gewerkschaftsaktiven PDSler zu befähigen, außerdem sollte er die personellen, materiellen und wissenschaftlichen Ressourcen der AG - wie es in schönstem SED-Deutsch hieß, „sicherstellen“. Möglicherweise tat

er das nicht ohne Erfolg, denn seither ist eine begrenzte Trendwende der bisherigen Mißerfolgsbilanz feststellbar, obgleich die AG eine kleine Institution blieb, der sich nur rund 30 Menschen in Ost und West als harter Kern und ca. 200 weitere als gelegentliche Mitarbeiter zuordnen ließen¹⁴. Und die AG war 1995 nur in neun Bundesländern mit Kontaktadressen vertreten, und zwar hauptsächlich in westlichen, von deren Repräsentanten wiederum die Mehrheit ehemalige DKP-Mitglieder waren.

Gleichwohl führte der zunehmende Wahlerfolg der PDS seit Mitte der 90er Jahre dazu, daß sie mehr und mehr auch von Teilen des DGB als ein Faktor betrachtet wurde, den man nicht ignorieren könne. Zugleich gelang es der Partei, das Feld ihrer Ansprechpartner für gewerkschaftspolitische Themen auszuweiten. Auf der 4. gewerkschaftspolitischen Konferenz im September 1996 in Duisburg hatte sie als Referenten u.a. den in Duisburg wegen seines Engagements für den Erhalt eines dortigen Stahlwerkes bekannten Pfarrer Kelp gewinnen können; zu wirtschaftspolitischen Fragen sprach Jörg Huffschild (Universität Bremen)¹⁵ von der sog. Memorandum-Gruppe, die einst der polit-ökonomischen Agitation der DKP „wissenschaftliche“ Argumente lieferte und dies heute über die Memo-Gruppe für die PDS erledigt, ferner der ehemalige Vorsitzende der DKP-Studentenorganisation „Marxistischer Studentenbund Spar-

takus“ (MSB), Steffen Lehndorff, sowie - als zartes Anzeichen für die Aufweichung der bisherigen Ablehnung der PDS durch den DGB - die schon benannte IG-Medien-Funktionärin Gisela Kessler (früher DKP).

Diese partielle Annäherung ist insofern differenziert zu sehen, als sie nicht von allen Gewerkschaften ausging: Die IG Metall hatte der PDS noch auf ihrem Gewerkschaftstag 1992 eine Beteiligung am DGB-Parteiabend verweigert - bei diesen Terminen erhalten die Parteien üblicherweise Gelegenheit, ihre Politik den Delegierten vorzustellen und für sie zu werben.

Im gleichen Jahr konnte aber Gregor Gysi bereits beim Gewerkschaftstag der IG Medien ein Grußwort halten; ein Antrag, ihm diesen Auftritt zu verweigern, war mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

¹² So wurde in einem Parteitagsantrag (PDS-Pressedienst v.31.1.1992) z.B. in klassischer Diktion westdeutscher Linksextremisten gefordert „Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen und der Ausschlußpraxis von Einzelgewerkschaften!“

^{12a} unbemerkte Durchsetzung anderer Organisationen mit eigenen Kadern

¹³ „Betrieb & Gewerkschaft“ Nr.15 vom 8.6.1994

3. PDS - ein Partner des DGB bei der Durchsetzung gewerkschaftspolitischer Ziele?

Obwohl das Aktionsfeld Gewerkschaftsarbeit zunächst für die PDS keine besondere Bedeutung hatte, liegt nahe zu vermuten, daß ihre speziellen gewerkschaftlichen Positionen gewissermaßen Ableitungen aus ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Programmaussagen sind. Diese sind im Detail nicht mehr mit der SED zu vergleichen; sie enthalten bei aller Widersprüchlichkeit auch Politikmuster, die in den 60er und 70er Jahren bei keynesianischen Wirtschaftstheoretikern gängig waren, und die für sich betrachtet keinen extremistischen Hintergrund haben. So enthält auch das Programm der PDS zahlreiche Aussagen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet, die man als einzelne genommen auch als linker Demokrat und Gewerkschafter akzeptieren kann. Sie müssen jedoch immer in den Kontext der gesellschaftsverändernden Perspektive der gesamten PDS-Programmatik eingeordnet werden - als taktische Zwischenziele, deren Erreichung nur als Etappen auf dem Weg einer grundsätzlichen

„Umwälzung“ des Systems gedacht sind.

Diesen Zusammenhang hatte die DGB-Führung durchaus im Auge, als sie am 4.10.1994 ein Papier ihrer Grundsatzabteilung zur Gewerkschaftspolitik der PDS veröffentlichte. Darin hieß es mit dankenswerter Deutlichkeit:

„Der zusammenfassende Eindruck aus diesen programmatischen Aussagen lautet: Sie sind im Kern populistisch und widersprechen in ihren mittel- bis langfristigen Zielen und Instrumenten den Auffassungen des DGB. Sie zielen auf grundsätzliche Durchbrechung von Zielen der sozialen Marktwirtschaft, während der DGB auf deren Regulierungsfähigkeit und den Ausbau ihrer sozialen Komponenten setzt. Statt grundsätzlicher Opposition setzen sich der DGB und seine Gewerkschaften konstruktiv für die Mitgestaltung unserer wirtschaftlichen und politischen Ordnung ein. Insofern ist die Programmatik der PDS trotz mancher wünschenswerter Einzelziele in ihren Grundlagen abzulehnen.

(...)

Gesellschaftliche Gruppen sollen Räte bilden können, die an Gesetzgebung und Verwaltung mitwirken. Damit will die Partei an

die Stelle demokratischer Mehrheitsentscheidungen die Entscheidungsbefugnis aufgrund von Betroffenheit rücken, um so Gruppeninteressen auch gegen Mehrheiten durchdrücken zu können.

Hieran knüpft auch das PDS-Verständnis von Gewerkschaftspolitik an. Die erhebliche Ausweitung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten und die Kontrolle von Kapital und Großunternehmen erscheinen im Programm in der klassischen Gestalt der Idee von der 'Vergesellschaftung der Produktion'. Dahinter verbirgt sich die PDS-Vorstellung von einer 'Politisierung der Gewerkschaften'. Gewerkschaften werden hier als Instrumente zur Verbreiterung gesamtgesellschaftlicher Alternativen und zur Politisierung sozialer Konflikte angesehen. Gewerkschafter sollen aus Sicht der PDS eine Rolle als gesellschaftspolitische Opposition übernehmen.“¹⁶

Damit hatte die DGB-Grundsatzabteilung den problematischen Kern der PDS-Gewerkschaftspolitik getroffen - ihre in alter Tradition früherer „Transmissionsriemen“-Theoreme kaum wesentlich veränderte Vorstellungen, daß die Gewerkschaften ein Werkzeug zu sein hätten - für die Durchsetzung der politischen Ziele einer selbsternannten Elite, der Par-

¹⁶ Papier der DGB-Grundsatzabteilung v. 4.10.1994, zit nach Neugebauer/Reister, a.a.O., S. 81-86.

tei eben. DKP-/PDS-Gewerkschafts-apparatschik Harald Werner brachte dies in der DKP-Mitgliederzeitschrift „disput“ Nr.14-1995 problemlos auf die Formel, daß die Gewerkschaft die „größte soziale Bewegung dieses Landes ist - und dazu noch die auf gesellschaftliche Veränderung und Emanzipation drängende.“ Nur sprachliche Nuancen liegen zwischen dieser Sentenz und dem SED-Programm von 1963, in dem es hieß: „Die Gewerkschaften sind in Westdeutschland berufen, nicht nur die sozialen und wirtschaftlichen, sondern vor allem die politischen Interessen und Ziele der Arbeiterklasse zu vertreten.“

Kaum anders hatte die DKP ihre Vorstellungen eines politischen Mißbrauchs der Gewerkschaften formuliert¹⁷.

¹⁷ Dazu erklärten die sog. „Düsseldorfer Thesen“ der DKP 1971: „Die Gewerkschaften sind die breiteste und umfassendste Klassenorganisation der Arbeiterklasse. (...) Der Erfolg der Gewerkschaften hängt immer mehr davon ab, daß sie wirksam dafür kämpfen, im Interesse der Arbeiterklasse Einfluß auf die staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu erlangen“. Selbstverständlich verstand die DKP ebenso wie die SED ihre Definition der „eigentlichen Interessen der Arbeiterklasse“ als Führungsanspruch. deshalb sprach die in ihrem - gemeinsam mit der SED-Führung erarbeiteten „Mannheimer Programm“ von 1978 auch davon, ihr gehe es um „die Überwindung von Widersprüchen und Inkonssequenzen in der gewerkschaftlichen Politik und damit um die Erhöhung des Ansehens, der Glaubwürdigkeit und der Kampfkraft der Gewerkschaften“. Verklausuliert waren mit „Inkonssequenzen und Widersprüchen“ pluralistische Meinungen und Konzepte in der Einheitsgewerkschaft gemeint. Wo Kommunisten - so die Botschaft - entscheidende Mehrheiten in solchen Organisationen erlangen könnten, würde es mit dem Pluralismus und mit freien Gewerkschaften vorbei sein.

4. Der „Bewegungsflügel“ des DGB auf dem Weg in die Arme der PDS

Der beklagenswerte Zustand der PDS-Gewerkschaftsarbeit wäre für Demokraten kein Grund zur Beunruhigung, bewegte sich nicht ein kleiner Teil des DGB von sich aus auf die PDS und ihre Bündnisangebote zu.

Manfred Wilke hat in seiner Arbeit zur Aufweichung der Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber dem linken Totalitarismus in den DGB-Gewerkschaften dieses Spektrum als „Bewegungsflügel“ bezeichnet¹⁸. Tatsächlich könnte man, wäre die Zahl seiner Unterstützer ausschlaggebend, eher von einem „Flügelchen“ sprechen. Der Hinweis auf die geringe Zahl geht allerdings insofern fehl, als die meisten DGB-Mitglieder am aktiven Leben ihrer Gewerkschaft kaum teilnehmen und sich dadurch der Einfluß der „Flügelchens“ auf den Apparat des DGB entsprechend erhöht. Sein kontinuierliches Wachstum wurde 1989 zeitweilig unterbrochen; seine Positionsgewinne in Per-

¹⁸ Wilke, a.a.O., S.297

sonal- und Kaderpolitik aber nicht rückgängig gemacht. Je mehr die PDS zu einem scheinbar „normalen“ Akteur der Innenpolitik wurde, desto deutlicher regten sich die Residuen kommunistischen Einflusses in den westdeutschen Gewerkschaftsapparaten.

Die PDS ist nicht in der Lage, diese Strömung im westdeutschen DGB-Apparat zu steuern, akzeptiert sie aber als willkommenen und ideologisch weitgehend konvergenten Bündnispartner. Diejenigen Branchengewerkschaften, in denen das „Flügelchen“ besonders aktiv ist, nennt sie zärtlich „die kleinen Tiger“ des DGB. Es sind vor allem die IG Medien - Druck und Papier, Publizistik und Kunst, die Gewerkschaft Nahrung-Gaststätten-Genuß (NGG), die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Zusammen stellen sie weniger als 1,5 Mio. der 1997 8,5 Mio DGB-Mitglieder; allerdings darf unterstellt werden, daß insbesondere die IG Medien, die HBV und die GEW ein gewisses Gewicht für die Darstellung des DGB in der Öffentlichkeit besitzen.

Daß es sich bei dieser Bewertung durch die PDS nicht um Freundlich-

keiten für einzelne Funktionäre dieser Gewerkschaften handelt, sondern um die Würdigung ihrer, durch die jeweilige Gewerkschaftsführung abgesegnete Linie, zeigen die Aktivitäten der jeweiligen Branchengewerkschaftsvorsitzenden im Bündnisumfeld der PDS. Den Beginn der Reaktivierung des „Flügelchens“ hatte dabei im November 1995 ein dreitägiger Kongreß „Sozialpolitischer Ratschlag über Reichtum in Deutschland - Geld ist genug da“ an der „Hochschule für Wirtschaft und Politik“ (HWP) in Hamburg gemacht. Örtliche Gliederungen des DGB hatten ihn unterstützt und gefördert; die bereits erwähnte „Memorandum“-Gruppe marxistischer Linkskynesianer der Universität Bremen das wissenschaftliche Beiwerk geliefert. Ausrichter war allerdings eine noch im Juli 1989 im Westen gegründete „Bürgerinitiative für Sozialismus“ um den Journalisten Eckart Spoo¹⁹ - ein typisches Phänomen des „Brückenspektrums“ zwischen DKP und linker Sozialdemokratie.

Etliche der Leitungsfunktionäre der „kleinen Tiger“ hatten bereits hier ihre Zähne gezeigt; aber deutlicher wurde dieses Engagement erst mit der im Januar 1997 inszenierten „Erfurter Erklärung“. Dieses Bündnisprojekt der PDS hatte unter seinen 37 Erstunterzeichnern auch fünf Ge-

werkschaftsfunktionäre und zwei in Gewerkschaftsfragen engagierte Wissenschaftler aufzuweisen. Und in der Folge ließen sich die Vorsitzenden der vom „Flügelchen“ dominierten Branchengewerkschaften offensichtlich ziemlich widerspruchslos für das Unternehmen einspannen:

- Detlev Hensche, seit 1992 Vorsitzender der IG Medien, ist - wie bereits erwähnt - im Schatten des früheren KP-Gewerkschafters Leonhard Mahlein großgeworden. Als Erstunterzeichner der „Erfurter Erklärung“ hat er seine Position zur Zusammenarbeit mit der PDS hinreichend deutlich gemacht: „Generell, um die Frage klar zu beantworten, was teilweise an Ausgrenzung und Stigmatisierung (der PDS, d. Verf.) geschieht, halte ich für undemokratisch, überflüssig und schädlich.“²⁰

- Eva-Maria Stange aus Sachsen ist seit Mai 1997 Vorsitzende der GEW. Sie unterstützt die Erfurter Erklärung und hat sich für deren Demonstration am 20.6.1998 in Berlin als Rednerin der Auftaktkundgebung zur Verfügung gestellt.

- Gisbert Schlemmer, seit 1993 Vorsitzender der GHK, referierte schon auf dem erwähnten Kon-

greß „Geld ist genug da“ im November 1995 in Hamburg. Auch er ist Erstunterzeichner der Erfurter Erklärung. Auf deren Demonstration am 20.6.1998 in Berlin hat er nach Pressemeldungen geäußert, wer eine andere Politik wolle, müsse auch die Alternativen, und dazu zähle die PDS, beim Namen nennen.²¹

- Monika Mönig-Raane, Vorsitzende der HBV, ist Erstunterzeichnerin der Erfurter Erklärung, Kundgebungsrednerin am 20.6.1998 und zuvor bereits langjährig für ihre DKP-freundlichen Kontakte bekannt gewesen.

- Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft NGG, sprach als Redner der Abschlusskundgebung einer Demonstration gegen die Ratstagung der Europäischen Union am 29. Mai 1999 in Köln. Zu dieser Veranstaltung waren fast ausschließlich Linksextremisten aus ganz Europa erschienen; organisiert hatte sie ein trotzkistischer Dachverband in Paris unter aktiver Mitwirkung der PDS.

Diese unappetitliche Bilanz sollte indessen nicht dazu verleiten, bei den genannten Gewerkschaftsfunktionären zu vermuten, sie seien willenlose Werkzeuge der PDS. Sie funk-

¹⁹ Spoo, langjähriger Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“ in Hannover und 1970-1986 Vorsitzender der „deutschen Journalisten-Union“ (dju) hat aus seiner prosojettischen und kommunistenfreundlichen Haltung nie ein Hehl gemacht. Er hat in vielen DKP-Vorfeldorganisationen und -Kampagnen loyal im Sinne der Parteilinie mitgewirkt.

²⁰ Aussage von D. Hensche im Interview mit ND vom 4.11.1997

²¹ Zit. nach ND vom 22.6.1998

tionieren lediglich gewissermaßen nebenbei im Sinne der PDS-Bündnisstrategie. Dies bedeutet nicht, daß ihr Handeln nicht von anderen Zwecken und Erwägungen bestimmt sein kann. Da die meisten Mitglieder der SPD sind, darf vermutet werden, daß ihr Engagement für die PDS im Zusammenhang mit der Neigung bestimmter Teile der PDS besonders in den neuen Bundesländern zu sehen ist, gegen die Union Bündnisse mit der PDS einzugehen. Dies bedeutet nicht automatisch Konvergenz mit der PDS in ideologischer Hinsicht, sondern kann einer spezifischen Taktik eines Teils der SPD geschuldet sein. Verrat an der demokratischen Revolution in der früheren DDR und an Lehren der deutschen Geschichte ist es allemal, auf diese fahrlässige Weise mit Linksextremisten zu kooperieren.

Neben dieser Einflußschiene kann die PDS aber auch noch auf einen anderen Effekt hoffen, der ihren Zielen aus dem Kreis der früher DKP-geprägten Gewerkschafter zuarbeitet. Da die gesellschaftliche Ächtung der ideologischen Grundlagen des realsozialistischen Modells und entsprechende Konsequenzen für seine westlichen Fellow Travellers im Gewerkschaftsapparat ausblieben, gelang es etlichen von ihnen, sich in die neuen Bundesländer abzusetzen. Mit diesem „Import“ von westdeutschen KP-Bündnispartnern hatte natürlich in den neuen Bundesländern nie-

mand gerechnet; wer dort unter dem Markensiegel „DGB“ auftauchte, hatte zunächst mal das Vertrauen für sich, Gewerkschafter und nicht „Transmissionsriemen“ zu sein. Nicht in allen Fällen genügten die Importe zum Aufbau neuer Gewerkschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern diesen Ansprüchen - im Gegenteil: gelegentlich tauchten hier DKP-nahe Gewerkschafter unter, deren politische Richtung in der alten Bundesrepublik nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur zunächst diskreditiert war.

Der Freistaat Thüringen war von solchen „Geschenken“ aus dem nahen Hessen besonders betroffen; und es gelang offenbar den „Importen“, den Gesamtcharakter des DGB Thüringen nicht unerheblich zu prägen.

Speerspitze dieser Importe nach Thüringen bildete Bodo Ramelow, der ehemalige Landesbezirksvorsitzende der Gewerkschaft HBV (bis Juli 1999). 1990 habe es, so schrieb eine Thüringer Tageszeitung in einem Porträt, den „roten Ramelow aus Hessen nach Thüringen verschlagen“²². In seiner Heimatstadt Gießen und in der nahen DKP-Hochburg, der Universitätsstadt Marburg, war Ramelow für seine politische Nähe zur DKP bekannt, ohne daß er als Mitglied hätte benannt werden wollen. Vielmehr war er eines von jenen typischen „Nicht-Mitgliedern“ der DKP:

Die Zuordnung zu dieser im allgemeinen gesellschaftlich isolierten Partei war auch in den 80er Jahren noch für DGB-Karrieren nicht sehr förderlich.



Trotz allem inserierte man schon einmal seine eigene Hochzeit in der DKP-Zeitung „UZ“ vom 22.10.1982. Dort konnten es die meisten Freunde immer noch rechtzeitig zu Gesicht bekommen!

Und so begnügte sich Ramelow damit, bei den Kommunalwahlen 1985 zur Wahl der DKP lediglich aufzurufen - zusammen mit lauter anderen „Nicht-Mitgliedern“, die den Aufruf unter dem Rubrum „wir, die wir der DKP nicht angehören“, geschaltet hatten²³. Gastkommentare in den örtlichen DKP-Blättern, Unterschriften unter Solidaritätsaufrufen mit DKP-„Berufsverboteopfern“ ergänzten das politische Profil des Gießener HBV-Sekretärs, bis er unverhofft Karriere in Thüringen machte. Hier fiel Ramelow nicht nur als Erstunterzeichner, sondern gleich als eine Art „Sekretär“ der „Erfurter Erklärung“²⁴ sowie durch häufige In-

terviews mit dem „Neuen Deutschland“ auf. Sein Profil als „Nicht-Mitglied“ pflegte er noch einige Monate, obgleich er ein Angebot der PDS zur Kandidatur auf der Liste der Partei für die Landtagswahlen angenommen hatte. Ein offenes Geheimnis ist, daß er in einem von Richard Dewes geleiteten Kabinetts Minister werden will.

No. 2 im Schreckenskabinetts der Thüringer DGB-Importe ist Angelo Lucifero. Der DGB-Funktionär wird seinem klerikal angehauchten Namen durchaus gerecht, denn er versucht, in Thüringen politische Verhältnisse herzustellen, die sehr an die satanische Qualität gefallener Engel erinnern. Erst kürzlich als Nachfolger von Ramelow im Vorsitz, war er seit 1992 stellvertretender Landesleiter der Gewerkschaft HBV in Thüringen, und - wie zufällig - ebenfalls aus Gießen zugereist. Dort war Lucifero Jugendsekretär des DGB gewesen, zuständig für den Bereich Mittelhessen. Wie seine Jugendbildungsarbeit aussah, läßt sich leicht beschreiben: Sie hatte sich vor allem der Vermittlung des „verordneten Antifaschismus“ orthodox-kommunistischer Prägung verschrieben. Dazu war Lucifero nebenbei in der hessischen Landesvereinigung der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)

²³ Erklärung unter dem Titel „Wir wählen am 10.3.1985 die DKP“; der Aufruf bezog sich auf die Kommunalwahlen in Marburg

²⁴ So durfte er z.B. in ND v. 1.9.1997 bekannt geben, daß für die Erfurter Erklärung 40.000 Unterschriften erreicht seien

aktiv gewesen; die VVN-BdA wiederum war bis zum Zusammenbruch des realen Sozialismus eine reine DKP-Vorfeldorganisation, die in ihrer Vorstellung, was als „Faschismus“ anzusehen sei, keinen Zentimeter von der SED-Doktrin in dieser Frage abwich. In Thüringen begann Lucifero alsbald, sein „antifaschistisches“ Hobby fortzusetzen. Neben einem „Kulturverein Mauernbrechen e.V.“ war er maßgeblich an der Etablierung einer landesweiten „AG Antifaschismus/Antirassismus“ beteiligt. Beide Institutionen residierten unter dem Dach des DGB in Erfurt und sind Organisationszentren auch linksextremistischer „Antifa“-Aktivitäten im Land. Die Anzahl der Mailbox- und Internet-Aufrufe Luciferos (meist unter dem Pseudonym „Malatesta“) zu solchen Aktivitäten ist schwer zu zählen. Nun sind antifaschistische Aktionen per se keinesfalls etwas Verwerfliches. Bedenklich werden sie nur, wenn sie ausgerechnet die ehemalige SED als einen der Hauptverantwortlichen des in den neuen Bundesländern virulenten Rechtsextremismus als Bündnispartner einbeziehen und wenn sie eine Beteiligung gewaltbereiter Autonome akzeptieren.

Dabei wird der Begriffsinhalt für „faschistisch“ entweder nach herkömmlichem SED-Muster oder nach dem Gusto der Autonomen festgesetzt. Im ersten Falle sind alle „bürgerlichen“ Parteien, soweit sie für eine marktwirtschaftliche Ordnung eintreten, im Zweifel mindestens latent „faschistisch“; im letzteren Fall wird

aus praktisch genau der gleichen Analyse der Schluß gezogen, solche politischen Gegner auch mit Gewalt bekämpfen zu wollen.

Da Autonome üblicherweise keine Freunde von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sind, geriet Luciferos „Antifaschismus“ in eine beinahe notwendige Konfrontation mit der Polizei des Innenministers Dewes. Versuchte diese nämlich, die gewaltbereiten Rechts- und Linksextremisten auseinander zuhalten, so traf sie von links das Verdikt „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“. Entsprechend führte Lucifero auch beredt Klage gegen die Polizeieinsätze gegen eine „antifaschistische“ Großdemonstration in Saalfeld am 11. Oktober 1997. Für den thüringischen Innenminister und - wie Rammelow Unterzeichner der „Erfurter Erklärung“ - entstand offensichtlich eine schwierige Lage. Sie gestattet allerdings die Frage, wie unter einem Kabinett Dewes die Demonstrationsfreiheit in Thüringen aussehen würde: Wie bisher unter rechtsstaatlicher Abwehr beider Varianten politischer Gewalt oder eher nach dem Gusto der Autonomen „Keinen Fußbreit den Faschisten“? Das schloße ein praktisch generelles Betätigungsverbot von Rechten/Rechtsextremisten ein und entspräche nicht nur Vorstellungen der Autonomen, sondern auch solchen der PDS zur „kulturellen Hegemonie“ in der Gesellschaft. Für Lucifero jedenfalls dürfte eher das letztere Konzept naheliegen. Er sieht die Gewerkschaft

offenbar als nützlichen Hebel für seinen Kampf gegen alles an, was ihm irgendwie „rechts“ erscheint. Die Begründungen dafür gehen dem langjährigen Redaktionsmitglied der linksextremistischen „Antifaschistischen Nachrichten“ jedenfalls glatt von der Hand. So warb Lucifero im März 1999 unter der Autonomen-Parole „Kein Mensch ist illegal“ für Belange der kurdischen PKK; Zitat aus einer von ihm verbreiteten Nachricht im Internet:

„Die Reaktionen der KurdInnen nach der Entführung (Inhaftierung des PKK-Chefs Abdullah Öcalan, d. Verf.) wurden von Teilen der Politik und der Medien für rassistische Propaganda mißbraucht“²⁵.

Aus dieser abenteuerlichen Behauptung zur Inhaftierung eines Terroristen leitet Lucifero offenbar die Befugnis zur Solidarisierung mit dessen Organisation ab.

Bei solchem Verständnis von linker Politik, die sicherlich nicht mehr mit klassischen sozialdemokratischen Positionen verwechselt werden kann, geht natürlich im revolutionären Überschwang schon mal was schief.

So geschehen im Juni 1999, als die in dieser Hinsicht einige extremistische Linke sich über die Intervention der NATO gegen Serbien empörte. Der DGB-Landesbezirk Thüringen verbreitete ein Flugblatt, dessen satirische Einkleidung den satanischen Inhalt kaum verbergen konnte und die Regierungsparteien der Bonner Koalition mit dem deutschen Linksterrorismus der RAF verglich; Text:

„Menschenrechte oder andere edle Ziele aber mit Bomben durchsetzen zu wollen, sollte man SPD und Bündnisgrünen genauso übel nehmen wie der 'Roten Armee Fraktion', deren Mitglieder wegen Terrorismus immer noch einsitzen oder gesucht werden. Ein Krieg für Menschenrechte? ...aber das hat ja von Anfang an kaum jemand geglaubt.“²⁶

Der Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen fragte in einem Brief an den DGB-Vorsitzenden Schulte „Glauben da in Thüringen manche, DGB sei die Fortsetzung der SED mit anderen Mitteln?“. Viel schlimmer: Die satanische Konstellation in Teilen des Landesbezirks befand sich im freien Fall in die ethischen und ideologischen Gefilde des

²⁵ Nahezu europaweit hatten Aktivisten der kurdischen PKK mit Gewaltaktionen und Besetzungen auch diplomatischer Missionen und Parteigebäuden reagiert, nachdem es der türkischen Regierung durch eine Geheimdienstaktion gelungen war, des PKK-Vorsitzenden habhaft zu werden. In diesem Zusammenhang wurden nicht nur außenpolitische Interessen der Bundesrepublik beeinträchtigt, sondern auch SPD- und Grünen-Geschäftsstellen besetzt und demoliert. Luciferos Solidarisierung mit diesen Aktionsformen zeigt, was auch in Thüringen zu erwarten wäre, wenn Personen mit seinen politischen Ansichten in verantwortliche Stellungen geraten.

²⁶ Flugblatt des DGB-Landesbezirkes Thüringen

gewaltbereiten Linksextremismus. DGB-Chef Frank Spieth, seinerseits West-Import, konterte mit einer hilflosen Distanzierung: Er habe zwar angeordnet, daß dieser Satz in dem Flugblatt gestrichen werde, das sei aber nicht erfolgt²⁷. Hat der DGB-Chef in Thüringen, der mit der Hauptstoßrichtung seiner Politik „nur“ den Schulterschuß mit der PDS zu verfolgen scheint, überhaupt die Talfahrt seines Landesbezirkes noch im Griff? Das scheint eher zweifelhaft.

Fragwürdig sind nicht nur diese Formen allseitigen Mißbrauchs gewerkschaftlicher Politik - dann fragt man sich natürlich, wer in Anbetracht der zahlreichen Hobbys der beiden HBV-Leiter Ramelow und Lucifero in Thüringen eigentlich die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder vertritt. Das alles kann DGB-Landeschef Frank Spieth nicht entgangen sein. Aber Spieth ist seinerseits unter den Erstunterzeichnern der Erfurter Erklärung zu finden, und so darf wohl angenommen werden, daß er das Treiben in seinem Landesbezirk wesentlich duldet.

²⁷ Thüringische Landeszeitung vom 10.6.1999

5. Ausblick: Das PDS-/DGB-Bündnis im Vormarsch

Das wichtigste Bündnisprojekt der PDS zur Festigung ihrer Position im politischen Spektrum links von der SPD, die „Erfurter Erklärung“, ist bereits an anderer Stelle beschrieben worden.²⁸ Sie hat zwar aktuell nur noch den Zweck, die Verbindung zwischen der PDS und den koalitions-geneigten Teilen der SPD zu festigen, ist aber weiterhin als Struktur aktiv. Das Denken in solchen Instrumenten und Apparaten ist für die politische Praxis von Kommunisten konstitutiv. Davon macht das Bündnisprojekt „Erfurter Erklärung“ keine Ausnahme.

Das kam auch in einem jener typischen „Kongresse“ der Erfurter Erklärung, zum Beispiel im März 1998, zum Ausdruck, zu dem natürlich auch Listen der „Unterstützer“, dem apparativen Zweck folgend, unter Angabe der „gesellschaftlichen

²⁸ Patrick Moreau, Manfred Wilke, Peter Maser, Gerhard Hirscher, Hermann Gleumes, Verdeckte Verführung. Die „Erfurter Erklärung“ und die Bündnispolitik der PDS im Wahljahr 1998, CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn, 1998, 44 S.

Funktion“ veröffentlicht wurden. In der Rubrik „Gewerkschafter für die Erfurter Erklärung“ unterschrieben fast 400 Personen²⁹, etwas mehr als die Hälfte davon aus den neuen Bundesländern. Diese Anzahl könnte man bei Millionen Mitgliedern des DGB vernachlässigen³⁰, wären nicht eine Reihe von höherrangigen Funktionären dabei. Die Analyse dieser Listen zeigt wiederum, daß die Haupteinbruchstellen für PDS-nahe Positionen die IG Medien und die HBV, gefolgt von der GEW, sind. Unter den Funktionären der beiden ersten Gewerkschaften befanden sich immerhin von der IG Medien der Landesvorsitzende Bayern und die stellv.Landesvorsitzende, der Landesvorsitzende Berlin-Brandenburg, die Landesvorsitzende Baden-Württemberg und der stellv.Landesvorsitzende, von der HBV die Landesvorsitzenden Berlin und Rheinland-Pfalz. Der Einfluß des DKP-/PDS-Spektrums ist freilich damit kaum hinreichend beschrieben, denn es fehlen auf diesen Bekenntnislisten die Erstunterzeichner der Erfurter Erklärung, aber auch der kürzlich neu gewählte Landesvorsitzende der IG Medien in Rheinland-Pfalz, Horst Gobrecht, der zugleich einer der Sprecher der

DKP-Bezirksorganisation in diesem Bundesland ist. In gewissen der „kleinen Tiger“ scheint die Entwicklung auf einen Weg in Richtung auf einen neuen FDGB zu weisen.

Mit der Einrichtung eines - der Öffentlichkeit nicht vorgestellten - „Gesprächskreises für sozio-ökonomische Reformpolitik“ wohl gegen Ende 1998 haben die Bündnisbemühungen der PDS ein neues Forum gefunden³¹. Auch hier ist die PDS eher diskret, aber mit Gregor Gysi und Christa Luft wenigstens prominent vertreten.

Die Gewerkschaftsvorsitzenden Hensche, Mönig-Raane, Schlemmer, Stange und Möllenberg sind in ihm ebenso vertreten wie die offensichtlich unvermeidbaren Erfurter Aktivisten Spieth und Ramelow sowie Horst Schmitthenner (Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall). Erstaunlich groß ist das Reservoir aus Bündnispartnern des geschrumpften DKP-Vorfeldes: Der Journalist Eckart Spoo, die beiden Professoren Rudolf Hickel (Universität Bremen, Memorandum-Gruppe) und Jörg Huffs Schmid (ebenso, ehemals Mitglied des DKP-Parteivorstan-

des), die inzwischen in Marburg arbeitende Professorin Ingrid Kurz-Scherf (ehemals im Sinne der DKP absolut linientreues Präsidiumsmitglied der von der DKP abhängigen „Deutschen Friedens-Union“ - DFU-) sowie der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Dieter Lattmann. Die SPD ist mit Exponenten ihres linken Flügels vertreten, was nicht überraschen kann: Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg, Prof. Dr.Peter von Oertzen, Frau Prof. Heide Pfarr, MdB Edelbert Richter (Thüringen), die Hamburger Senatorin Karin Roth und Ex-Juso-Vorsitzende Andrea Nahles. Tragisch ist die Instrumentalisierung von Menschen zu nennen, die sich eher um den Widerstand gegen die SED-Diktatur verdient gemacht haben wie Propst i.R. Heino Falcke und Pfr. Dr. Friedrich Schorlemmer. Welches Erbe der Bürgerbewegung möchten sie wohl im Gespräch mit dem Justizfunktionär der DDR und als IM beim MfS geführten Nomenklaturkader Gregor Gysi verteidigen? Der „Gesprächskreis“ stellt jedenfalls eine neue Qualität bündnispolitischer Bemühungen dar, die im Ergebnis nur der PDS nutzen werden und auf jene „satanischen“ Verhältnisse hinauslaufen, die offenbar im thüringischen DGB schon Alltag sind. Er liegt allerdings im Trend: Bündnispolitische Überlegungen vermeintlich schlauer SPD-Politiker verkehren sich hinter deren Rücken in ideologische Konvergenz zum Erbe der SED. Und die Bündnisbraut SPD könnte sich auf mittlere Sicht als bloß noch geldedeter Juniorpartner der PDS in

den neuen Bundesländern wiederfinden.

Autorenhinweis:

Peter Christian Segall,
Politikwissenschaftler, München.

²⁹ Originaldokumente im Besitz der Verfasser

³⁰ Die PDS hatte den alten Trick angewendet, ganze Betriebsräte, in denen sie Einfluß hatte, unterschreiben zu lassen. Dadurch potenzierte sich die Zahl der Unterschriften in einem ansonsten eher durchschnittlichen Unternehmen: Massenhaftigkeit wurde vorgetäuscht. Wir benennen diese Betriebe nicht: Anständige Gewerkschafter sollen nicht damit belastet werden, daß auf diese Weise der Ruf ihres Betriebes und ihrer Arbeit beschädigt wird.

³¹ Originaldokumente des „Gesprächskreises“ einschließlich des Verzeichnisses der Mitglieder liegen den Verfassern vor.

